



*Fotograf/in unbekannt; Landesarchiv Berlin*

**Dr. Roland Freisler (1893 – 1945)**  
**Staatssekretär im Reichsministerium der Justiz**

Wohnsitz 1942: Habelschwerdter Allee 9/Hüttenweg 14 a, Berlin-Zehlendorf

Roland Freisler ist im Ersten Weltkrieg Soldat. 1915 gerät er in russische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr 1920 beendet er sein Jura-Studium. 1925 tritt er der NSDAP bei. 1933 wird er Staatssekretär im preußischen Justizministerium, 1935 im Reichsjustizministerium. Er arbeitet an der antijüdischen Gesetzgebung mit und setzt sich für deren ständige Verschärfung ein. Bei der Besprechung am Wannsee vertritt Freisler den Justizminister. Er soll zu rechtlichen Fragen Stellung nehmen, die sich für Familien aus der Deportation jüdischer Angehöriger ergeben.

**Lebenslauf**

- 1893 Geboren in Celle als Sohn eines Diplomingenieurs. Abitur
- 1912 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Jena
- 1914 Kriegsdienst, Rang eines Fahnenjunkers
- 1915 Russische Kriegsgefangenschaft

- 1920 Rückkehr nach Deutschland, Ende des Armeedienstes im Rang eines Leutnants. Fortsetzung des Studiums
- 1922 Promotion zum Dr. jur.
- 1924 Rechtsanwalt in Kassel und Stadtverordneter für den „Völkisch-sozialen Block“. Mehrere standesrechtliche Verfahren wegen Angriffe auf jüdische Kollegen
- 1925 Eintritt in die NSDAP. Stellvertretender Gauleiter in Kassel
- 1928 Ehe, zwei Söhne
- 1932 Abgeordneter im preußischen Landtag. Ministerialdirektor im Preußischen Justizministerium
- 1933 Staatssekretär, Mitglied des preußischen Staatsrates. Beteiligt an Vorschlägen zur Kriminalisierung von Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen. Mitglied der Akademie für deutsches Recht. Leiter der Strafrechtsabteilung
- 1935 Staatssekretär im zusammengelegten Reichs- und Preußischen Justizministerium, zuständig u.a. für Personalfragen, Strafgesetzgebung und Strafvollzug
- 1940 Mitarbeit an der Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten
- 1941 Mitarbeit an der Neufassung des bis heute geltenden Mordparagrafen des Strafgesetzbuches
- 1942 Ernennung zum Präsidenten des Volksgerichtshofs, verantwortlich für mehrere tausend Todesurteile gegen politische Gegner
- 1945 Tod bei Luftangriff auf Berlin